

Rede der campusantifa frankfurt am 24.02.12 auf der Kundgebung gegen den Besuch Viktor Orbáns

Wenn die Industrie- und Handelskammer den ungarischen Ministerpräsidenten einlädt, geht es ihr dabei primär um eins: Wirtschaftsbeziehungen. Das Thema, zu dem Orbán der IHK nach reden soll, ist die „Erneuerung der europäischen Wirtschaft“. Wie aber kommt es, dass eine Figur, die immer wieder die nationalen Interessen Ungarns gegen die EU ausspielt, bei der IHK zur Erneuerung der europäischen Wirtschaft sprechen soll?

Die Antwort ist einfach: Es geht um die Planungssicherheit für deutsche Investoren. Die Exporte von Deutschland nach Ungarn summierten sich 2010 auf etwa 14,3 Mio. Euro. Mit 25% Anteil an den gesamten ungarischen Importen und Exporten ist Deutschland mit Abstand wichtigster Handelspartner Ungarns. Der hohe Anteil an deutschen Direktinvestitionen in Ungarn lässt sich vor allem durch das niedrige Lohnniveau bei gleichzeitig relativ hoher Produktivität und Qualifikation der Arbeitskräfte erklären. Der Buttodurchschnittslohn in Ungarn betrug 2010 188.101 Forint im Monat – das sind umgerechnet etwa 670 Euro. Zum Vergleich: der Bruttodurchschnittslohn in Deutschland betrug 2010 etwa 2570 Euro.

Vor diesem Hintergrund will die IHK sich auf die Eventualitäten vorbereiten, die durch das autoritäre Regime Orbáns auf sie zukommen könnten. Denn zum einen betreibt der Autokrat eine Politik, die dem deutschen Interesse an einem niedrigen Lohnniveau entspricht. Zu denken ist hier vor allem an den „Ungarischen Arbeitsplan“, der in Teilen durchaus mit der deutschen Hartz-IV-Gesetzgebung zu vergleichen ist und vorsieht, dass Arbeitslose zu vermeintlich gemeinnütziger Arbeit gezwungen, aber auch an private Unternehmen – wie es heißt – „ausgeliehen“ werden können. Diese für die deutschen Investoren hilfreiche lohndruckerische Politik wird jedoch begleitet von Maßnahmen, die ihr gar nicht gefallen, wie etwa die 2010 eingeführte Sondersteuer für ausländische Investoren.

Angesichts dieser Situation will die IHK wissen woran sie ist, und zwar, wie der Geschäftsführer der IHK meinte: „aus erster Hand“. Die autoritäre Politik, die sich zuspitzende Diskriminierung der Sinti und Roma und der um sich greifende Antisemitismus, all dies interessiert die IHK herzlich wenig, zumindest solange, bis handfeste deutsche Wirtschaftsinteressen durchkreuzt werden. Natürlich versucht die IHK nebenher immer wieder sich als stabiles Standbein einer toleranten und demokratischen Gesellschaft darzustellen. Wollte sie dieses Image jedoch glaubhaft vertreten, hätte sie sich die Einladung Viktor Orbáns verkneifen sollen. Dass sie dies nicht tat, führt uns erneut vor Augen, dass die kapitalistische Produktionsweise keineswegs primär dem Wohlbefinden und den Bedürfnissen der Menschen dient, sondern diese ignoriert solange der Profit nicht in Gefahr gerät. Diese Ignoranz gegenüber dem Wohl der Menschen setzt sich fort in den europäischen Regierungen und der EU, die einerseits eine autoritäre Krisen- und Sparpolitik durchdrücken und andererseits zu den antiziganistischen und antisemitischen Zuständen in Ungarn und anderswo geflissentlich schweigen.

Deshalb:

**Reaktionäre und autoritäre Strukturen bekämpfen!**

**Gegen eine Welt von Staat und Kapital!**

**Für ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung!**

**Für den Antifaschismus!**